

Stadtverordnetenversammlung Cottbus / Chosébus



Antrag

Antrags-Nr.:

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Antragsteller: Fraktion PDS

Antragsdatum:

Beratungsfolge:	Datum		Datum
☐ Beigeordnetenkonferenz		☐ Soziales, Gleichstellung, u. Rechte der Minderh.	
☒ Haushalt und Finanzen	21.09.2004	☐ Umwelt	
☐ Recht, Sicherheit, Ordnung u. Petitionen		☒ Hauptausschuss	22.09.2004
☐ Wirtschaft		☒ Stadtverordnetenversammlung	29.09.2004
☐ Bau und Verkehr		☐ Ortsbeiräte/Ortsbeirat	
☐ Bildung, Schule, Sport u. Kultur		☐ JHA	

Antragsgegenstand:

Bürgerhaushalt der Stadt Cottbus

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Projekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ wird in der Stadt Cottbus beginnend mit dem Haushaltsjahr 2006 umgesetzt. Die Stadtverwaltung wird dazu beauftragt,

1. die Erfahrungen aus bereits durchgeführten Modellprojekten („soziale Stadt“ oder kommunale Bürgerhaushalte) zu analysieren, auszuwerten und partiell für die Erarbeitung eines Bürgerhaushaltes ab dem Jahr 2006 nutzbar zu machen. Erste Ergebnisse und Schlussfolgerungen sind in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2005 vorzustellen.
2. aus dem Entwurf des Haushaltplanes 2006 ist bis Juli 2005 eine lesbare (bürgerfreundliche, aber auch internetfähige) Kurzform für die Bürgerschaft zu erarbeiten.
3. die Ergebnisse der Bürgerkonsultation (z. B. Internetpräsentation, Foren, Fragebögen) sind in den Sitzungen der Fachausschüsse im Oktober 2005 vorzustellen.
4. die Rechenschaftslegung der Verwaltung gegenüber der Bürgerschaft zum Haushalt 2006 erfolgt bis Ende Februar 2007.
5. folgende vorbereitende Maßnahmen sind bis Januar 2005 durchzuführen:
 - Beratungen mit Vertretern von Vereinen/Verbänden, Bürgervereinen und Ortsbeiräten.
 - Erarbeitung einer bürgerfreundlichen Kurzform des Haushaltes 2005 mit Befragungsteil für den Haushalt 2006.

Erste Ergebnisse sind im Ausschuss Haushalt und Finanzen im Dezember 2004 vorzustellen. Die zeitliche Einordnung der Maßnahmen 1 bis 4 gilt ebenfalls für die Folgejahre.

Gundula Schmidt, Fraktionsvorsitzende

Beschlussniederschrift:

Gremium: ☐ HA ☐ StVV

- ☐ einstimmig ☐ mit Stimmenmehrheit
☐ laut Antragsvorschlag
☐ mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Sitzung am: TOP:

Anzahl der **Ja**-Stimmen:

Anzahl der **Nein**-Stimmen:

Anzahl der **Stimmenenthaltungen**

Begründung:

Die Beteiligung der Bürgerschaft entwickelt sich im Rahmen der Lokalen Agenda 21 weltweit zu einem Modell für mehr Demokratie und zu einem Standortfaktor bei Wirtschaftsansiedelungen. In der Bundesrepublik gibt es mehrere Kommunen, die die Bürger in die Beratung ihres Haushaltes einbeziehen. Im Land Brandenburg hat bisher die Landeshauptstadt die Einführung von Elementen eines Bürgerhaushaltes beschlossen. Die Vorgehensweise der Kommunen ist dabei sehr verschieden. Gemeinsam sind allen Modellen drei gemeinsame Elemente:

1. eine nachvollziehbare Information für die Bürgerschaft über die Schwerpunkte des Haushalts, die Schulden und rechtlichen Verpflichtungen sowie vorhandenen Spielräume
2. Sammlung von Vorschlägen und Schwerpunktsetzungen der Bürgerschaft (mittels Versammlungen, Delegiertenräten, Fragebögen, Internet), die in unterschiedlichem Ausmaß in den Haushaltsbeschluß der Gemeindevertretung einfließen und
3. Rechenschaftslegung der Kommunalverwaltung über die Umsetzung der Bürgervoten.

Gerade in Zeiten knapper Kassen bietet der sogenannte Bürgerhaushalt die Chance, die Akzeptanz der Mittelvergabe bei den Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen, Verständnis für die Situation der Stadt zu wecken und der Politikverdrossenheit entgegen zu wirken. Entscheidend ist, der Bürgerschaft als den eigentlichen Souverän der Stadt ernst zu nehmen. Der Bürgerhaushalt stellt in diesem Sinne eine wichtige Ergänzung der parlamentarischen Demokratie dar.

Die Ergebnisse der Versuche in vielen Städten zeigten, daß das gemeinsame Wirken von Gemeindevertretern, Verwaltung und Bürgern am Haushalt zu mehr Transparenz von Verwaltungshandeln und mehr gegenseitiger Achtung und Anerkennung führte. Mehr Transparenz durch den Bürgerhaushalt in den Modellversuchen in Nordrhein-Westfalen sollte hier auch die Modernisierung der Verwaltung voranbringen.

Im letzten Kommunalwahlkampf hatten sich viele Politiker unterschiedlicher Parteien für den Bürgerhaushalt in Cottbus ausgesprochen. Gerade die extrem geringe Wahlbeteiligung sollte Anlaß sein, mit diesem Vorhaben jetzt parteiübergreifend ernst zu machen. Der Bürgerhaushalt bietet zugleich die Chance, die immer wieder festfahrenden Haushaltsdiskussionen aufzubrechen und gemeinsam mit den Bürgern voranzubringen.

Die vorgeschlagene Methodik soll sichern, daß die Bürger tatsächlich so weit wie möglich mitentscheiden können. Die letzte Entscheidung, **der Haushaltbeschluss**, bleibt jedoch der Stadtverordnetenversammlung vorbehalten.

Anlage: Informationsmappe zum Bürgerhaushalt (1 x pro Fraktion)